

UN-Sonderausschuss stellt fest, dass Israels Kriegsmethoden in Gaza mit Völkermord vereinbar sind, einschließlich des Einsatzes von Hunger als Kriegswaffe

4–5 Minuten

NEW YORK (14. November 2024) – Israels Kriegsführung in Gaza ist mit den Merkmalen eines Völkermords vereinbar, mit massenhaften zivilen Opfern und lebensbedrohlichen Bedingungen, die den dortigen Palästinensern absichtlich auferlegt werden, so der UN-Sonderausschuss zur Untersuchung der israelischen Praktiken* in einem neuen Bericht, der heute veröffentlicht wurde.

„Seit Beginn des Krieges haben israelische Beamte öffentlich eine Politik unterstützt, die den Palästinensern die zum Überleben notwendigen Güter wie Lebensmittel, Wasser und Brennstoffe entzieht“, so der Ausschuss. „Diese Aussagen sowie die systematische und rechtswidrige Behinderung der humanitären Hilfe machen deutlich, dass Israel beabsichtigt, lebensrettende Güter für politische und militärische Zwecke zu instrumentalisieren.“

Der Bericht, der den Zeitraum von Oktober 2023 bis Juli 2024 abdeckt, untersucht die Entwicklungen im gesamten besetzten palästinensischen Gebiet und im besetzten syrischen Golan, konzentriert sich jedoch auf die katastrophalen Auswirkungen des aktuellen Krieges im Gazastreifen auf die Rechte der Palästinenser.

„Durch die Belagerung des Gazastreifens, die Behinderung der humanitären Hilfe sowie gezielte Angriffe und die Tötung von Zivilisten und Helfern trotz wiederholter Appelle der Vereinten Nationen, verbindlicher Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs und Resolutionen des Sicherheitsrats verursacht Israel vorsätzlich Tod, Hunger und schwere Verletzungen, indem es den Hungertod als Kriegsmethode einsetzt und die palästinensische Bevölkerung kollektiv bestraft“, so der Ausschuss.

Der Bericht dokumentiert, wie Israels ausgedehnte Bombenangriffe in Gaza die Grundversorgung dezimiert und eine Umweltkatastrophe ausgelöst haben, die dauerhafte gesundheitliche Folgen haben wird. Bis Anfang 2024 wurden über 25.000 Tonnen Sprengstoff – das entspricht zwei Atombomben – auf Gaza abgeworfen, was zu massiver Zerstörung und dem Zusammenbruch der Wasser- und Abwassersysteme, zur Verwüstung der Landwirtschaft und zu toxischer Verschmutzung führte.

„Durch die Zerstörung lebenswichtiger Wasser-, Sanitär- und Nahrungsmittelsysteme und die Kontaminierung der Umwelt hat Israel eine tödliche Mischung von Krisen geschaffen, die kommenden Generationen schweren Schaden zufügen wird“, so der Ausschuss.

Der Bericht wirft ernsthafte Bedenken hinsichtlich des Einsatzes von KI-gestützten Zielsystemen bei der Leitung militärischer Operationen durch Israel auf und zeigt die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung auf, die sich insbesondere in der überwältigenden Zahl von Frauen und Kindern unter den Opfern zeigt.

„Die Nutzung von KI-gestützter Zielerfassung durch das israelische Militär mit minimaler menschlicher Aufsicht in Kombination mit schweren Bomben unterstreicht die Missachtung Israels seiner Verpflichtung, zwischen Zivilisten und Kombattanten zu unterscheiden und angemessene Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um den Tod von Zivilisten zu verhindern“, so der Ausschuss.

Inmitten der Verwüstung in Gaza sind die eskalierende Medienzensur Israels, die Unterdrückung von Dissens und die gezielte Verfolgung von Journalisten bewusste Versuche, den weltweiten Zugang zu Informationen zu blockieren, so das Komitee. Es wurde auch festgestellt, dass Social-Media-Unternehmen im Vergleich zu Beiträgen, die zu Gewalt gegen Palästinenser aufriefen, überproportional viele „pro-palästinensische Inhalte“ entfernten.

Das Komitee verurteilte die anhaltende Verleumdungskampagne und andere Angriffe gegen die UNRWA und die Vereinten Nationen insgesamt.

„Diese bewusste Unterdrückung der Berichterstattung in Kombination mit Desinformation und Angriffen auf humanitäre Helfer ist eine klare Strategie, um die lebenswichtige Arbeit der Vereinten Nationen zu untergraben, die Lebensader der Hilfe, die noch immer Gaza erreicht, zu durchtrennen und die internationale Rechtsordnung zu demontieren“, so der Ausschuss.

Der Ausschuss forderte alle Mitgliedstaaten auf, ihren rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, um Israels Verstöße gegen das Völkerrecht zu verhindern und zu stoppen und das Land zur Rechenschaft zu ziehen.

„Es ist die kollektive Verantwortung jedes Staates, die Unterstützung des Angriffs auf Gaza und des Apartheid-Systems im besetzten Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, einzustellen“, so der Ausschuss.

„Die Einhaltung des Völkerrechts und die Sicherstellung der Rechenschaftspflicht bei Verstößen liegt allein bei den Mitgliedstaaten. Ein Versäumnis, dies zu tun, schwächt den Kern des internationalen Rechtssystems und schafft einen gefährlichen Präzedenzfall, der es ermöglicht, dass Gräueltaten ungehindert geschehen.“

Der Bericht des Ausschusses wird auf der 79. Sitzung der UN-Generalversammlung am 18. November 2024 vorgestellt.

* Der Sonderausschuss der Vereinten Nationen wurde im Dezember 1968 von der UN-Generalversammlung eingerichtet, um die Menschenrechtslage im besetzten syrischen Golan, im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, und im Gazastreifen zu untersuchen.

Der Sonderausschuss setzt sich aus drei Mitgliedstaaten zusammen: Malaysia, Senegal und Sri Lanka. In diesem Jahr werden die Mitgliedstaaten vertreten durch S.E. Ahmad Faisal Muhamad, Ständiger Vertreter Malaysias bei den Vereinten Nationen in New York, S.E. Cheikh Niang, Ständiger Vertreter Senegals bei den Vereinten Nationen in New York, und S.E. Peter Mohan Maithri Pieris, Ständiger Vertreter Sri Lankas bei den Vereinten Nationen in New York (Vorsitzender des Sonderausschusses).

UN-Menschenrechte, Länderseiten – Staat Palästina und Israel

Für weitere Informationen und Medienanfragen wenden Sie sich bitte an OHCHR-SCIP@un.org.

Situation im besetzten palästinensischen Gebiet und in Israel

Alle anzeigen Medienberichterstattung zur Situation

(Übersetzt mit DeepL)

(Hinweis: Weiterführende Links finden sich im engl. Original, StB)

+++

ohchr.org

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/11/un-special-committee-finds-israels-warfare-methods-gaza-consistent-genocide>

UN Special Committee finds Israel's warfare methods in Gaza consistent with genocide, including use of starvation as weapon of war

4–5 Minuten

NEW YORK (14 November 2024) – Israel's warfare in Gaza is consistent with the characteristics of genocide, with mass civilian casualties and life-threatening conditions intentionally imposed on Palestinians there, the UN Special Committee to investigate Israeli practices* said in a new [report](#) released today.

"Since the beginning of the war, Israeli officials have publicly supported policies that strip Palestinians of the very necessities required to sustain life — food, water, and fuel," the Committee said. "These statements along with the systematic and unlawful interference of humanitarian aid make clear Israel's intent to instrumentalise life-saving supplies for political and military gains."

Covering the period from October 2023 to July 2024, the report examines developments across the occupied Palestinian territory and the occupied Syrian Golan but focuses on the catastrophic impact of the current war in Gaza on the rights of Palestinians.

"Through its siege over Gaza, obstruction of humanitarian aid, alongside targeted attacks and killing of civilians and aid workers, despite repeated UN appeals, binding orders from the International Court of Justice and resolutions of the Security Council, Israel is intentionally causing death, starvation and serious injury, using starvation as a method of war and inflicting collective punishment on the Palestinian population," the Committee said.

The report documents how Israel's extensive bombing campaign in Gaza has decimated essential services and unleashed an environmental catastrophe that will have lasting health impacts. By early 2024, over 25,000 tons of explosives —equivalent to two nuclear bombs—had been dropped on Gaza, causing massive destruction and the collapse of water and sanitation systems, agricultural devastation, and toxic pollution.

"By destroying vital water, sanitation and food systems, and contaminating the environment, Israel has created a lethal mix of crises that will inflict severe harm on generations to come," the Committee said.

The report raises serious concerns about Israel's use of AI-enhanced targeting systems in directing its military operations, and the impact it has had on

civilians, particularly evident in the overwhelming number of women and children among the casualties.

"The Israeli military's use of AI-assisted targeting, with minimal human oversight, combined with heavy bombs, underscores Israel's disregard of its obligation to distinguish between civilians and combatants and take adequate safeguards to prevent civilian deaths," the Committee said.

Amid the devastation in Gaza, Israel's escalating media censorship, suppression of dissent, and targeting of journalists are deliberate efforts to block global access to information, the Committee found. It also noted how social media companies disproportionately removed "pro-Palestinian content" in comparison with posts inciting violence against Palestinians.

The Committee condemned the ongoing smear campaign and other attacks against UNRWA and the UN at large.

"This deliberate silencing of reporting, combined with disinformation and attacks on humanitarian workers, is a clear strategy to undermine the vital work of the UN, sever the lifeline of aid still reaching Gaza, and dismantle the international legal order," the Committee said.

The Committee called on all Member States to uphold their legal obligations to prevent and stop Israel's violations of international law and hold it accountable.

"It is the collective responsibility of every State to stop supporting the assault on Gaza and the apartheid system in the occupied West Bank, including East Jerusalem," the Committee said.

"Upholding international law and ensuring accountability for violations rests squarely on Member States. A failure to do so weakens the very core of the international legal system and sets a dangerous precedent, allowing atrocities to go unchecked."

The Committee's report will be presented to the 79th Session of the UN General Assembly on 18 November 2024.

* **The United Nations Special Committee** was established by the UN General Assembly in December 1968 to examine the human rights situation in the occupied Syrian Golan, the West Bank, including East Jerusalem and the Gaza Strip.

The Special Committee is composed of three Member States: Malaysia, Senegal and Sri Lanka. This year the Member States are represented by **H.E.**

Mr. Ahmad Faisal Muhamad, Permanent Representative of Malaysia to the United Nations in New York, **H.E. Mr. Cheikh Niang**, Permanent Representative of Senegal to the United Nations in New York, and **H.E. Mr. Peter Mohan Maithri Pieris**, Permanent Representative of Sri Lanka to the United Nations in New York (Chair of the Special Committee).

UN Human Rights, Country Pages – **State of Palestine** and **Israel**

For more information and media requests, please contact OHCHR-SCIP@un.org.

Situation in the Occupied Palestinian Territory and Israel

[See all Media coverage of the situation](#)